



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/137 - 18.6.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

Taten, nicht Versprechungen	S. 1
Die Ostsee - kein sowjetisches Binnenmeer	S. 3
Theodor Blanks Divisionen ...	S. 5
Fehlgelenkter Wohnungsbau	S. 6

## Was Berlin braucht

Von Willy Brandt, MdB

Vor dem Bundestag und vor dem Berliner Abgeordnetenhaus ist in der vorigen Woche klar zum Ausdruck gekommen, dass Berlin in der gegenwärtigen Lage mit neuen Sympathieerklärungen wenig gedient ist. Es kommt vielmehr darauf an, dass der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und politischer Widerstandsfähigkeit erkannt wird. Berlin braucht Aufträge, damit es seinen Menschen Arbeit geben kann.

Die erste Phase der Berlinpolitik des Bundes wurde abgeschlossen, als das sogenannte Dritte Überleitungsgesetz am vergangenen Donnerstag endlich auch vom Berliner Abgeordnetenhaus verabschiedet werden konnte. Dadurch ist das Land Berlin finanzwirtschaftlich mit den Ländern des westlichen Bundesgebiets gleichgestellt worden. Es erhält ausserdem einen festen Zuschuss zu seinem Landeshaushalt.

Die zweite Phase der westdeutschen Berlinpolitik muss im Zeichen grosszügiger Arbeitsbeschaffung stehen. Auf diese Weise kann dem Versuch einer psychologischen Einkesselung am wirksamsten begegnet werden. Diese Aufgabe musste vor die gesetzgebenden Organe des Bundes gebracht werden, nachdem die westdeutsche Privatwirtschaft weitgehend versagt hatte. Sie fiel auf die kommu-

nistischen Abschürfungsmassnahmen prompt herein und übersah ausserdem noch die Tatsache, dass Westberlin der grösste Kunde Westdeutschlands ist.

Der Bund selbst aber muss mit gutem Beispiel vorangehen. Bisher ist Berlin mit kaum drei Prozent an Bundesaufträgen beteiligt gewesen. Das war weniger als dem Bevölkerungsanteil entsprochen hätte. Bei einigem guten Willen wird eine wesentliche Steigerung zu erreichen sein. Die Länder und Gemeinden sollten einem hoffentlich guten Beispiel des Bundes folgen.

Aber auch gegenüber der privaten Wirtschaft reichen Aufrufe nicht aus. Der Bund muss sich zu den gesetzgeberischen und administrativen Massnahmen entschliessen, die unerlässlich und erfolgversprechend sind. Dauernde Hinweise auf das, was der Bund bisher schon für Berlin geleistet hat, kommen objektiv einer Ablenkung gleich. Niemand wird die bisherigen Leistungen verkleinern wollen. Jetzt aber kommt es auf die Erkenntnis an, dass Berlin der ihm gestellten politischen Aufgabe - einer gesamtdeutschen Aufgabe ! - mit annähernd 300.000 Arbeitslosen auf die Fauer nicht gerecht werden kann.

Es kann sich jetzt nicht darum handeln, das nationale Gewissen zu beruhigen, sondern ein erstrangiges nationalpolitisches Problem entschlossen anzupacken. Der Bundestag hat den Berlin-Ausschuss aufgetragen, konkrete Vorschläge für jene Berlin-Hilfe zu unterbreiten, von der Ernst Reuter gesagt hat, dass sie Hilfe für Deutschland sei. Es darf erwartet werden, dass der Berlin-Ausschuss noch in diesem Monat aktiv wird, nachdem der Katalog der zu erörternden Probleme durch die Vertreter der Bundesregierung und des Senats vorbereitet wurde.

Keine der beteiligten Stellen sollte verkennen, dass die Haltung des westlichen Bundesgebiets zu Berlin im Ausland sehr aufmerksam registriert wird. Die Möglichkeiten zusätzlicher Investitionsmittel aus den Vereinigten Staaten und einer Steigerung der Berliner Auslandslieferungen (wofür vor allem in England ein erfreuliches Interesse festzustellen ist) hängen entscheidend vom guten oder schlechten Beispiel des Bundes ab.

Es ist kein Zweifel, dass es die Sozialdemokraten waren, die in Berlin und in Bonn die Aktion für die Sicherung der Berliner Wirtschaft und damit für die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit einleiteten. Diese Haltung entspricht sowohl ihrem sozialen Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Berliner Bevölkerung, wie ihrer Vorstellung, dass die wirksame Unterstützung der eigentlichen deutschen Hauptstadt der Angelpunkt der Wiedervereinigung Deutschlands ist.

Piraten in der Ostsee

KREK - Stockholm

Vorigen Freitag verschwand über der Ostsee ein Flugzeug der schwedischen Luftwaffe. Von der Besatzung, acht Mann, wurde bisher keine Spur entdeckt. Wenige Augenblicke bevor der Sender des Flugzeuges zu arbeiten aufhörte, versuchte die Besatzung einen außer-tourlichen Anruf durchzuführen. Diese Flugkatastrophe veranlaßte ein großes Aufgebot des Suchdienstes der Marine und Luftwaffe. Die verschwundene Maschine war mit Gummibooten versehen, und es war die Möglichkeit gegeben, daß sich die Besatzung retten konnte. Starker Nebel und Regen erschwerten Sonnabend und Sonntag die Fahndungsarbeiten. Diese wurden Montag früh bei besserem Wetter fortgesetzt. Der Absturz des Flugzeuges muß, nach dem letzten Anruf zu schließen, nördlich der Insel Gotland erfolgt sein.

Eines der Rettungsflugzeuge, besetzt mit sieben Mann und unbewaffnet, wurde Montag um 4.09 Uhr morgens von zwei russischen MIG-Jägern beschossen. Die russischen Jäger unternahmten ohne vorherige Warnung sieben Angriffe auf die schwedische Maschine, die sodann abstürzte. Die Besatzung konnte den Beginn des Angriffs telegraphisch schildern, so daß also über die Ursache des zweiten Flugzeugabsturzes kein Zweifel besteht. Die sieben Mann wurden übrigens im Laufe des Montagvormittags von einem deutschen Handelsfahrzeug gerettet, und dadurch ist eine verlässliche Zeugenschaft für den verbrecherischen Überfall gesichert. Der Angriff der russischen Flugzeuge ist umso bemerkenswerter, als die russischen Behörden über den Absturz des ersten Flugzeuges und die Organisation des Suchdienstes unterrichtet und um Mithilfe bei den Fahndungsarbeiten gebeten worden waren. Es ist kein Zweifel, daß die Beschießung und der Absturz des zweiten schwedischen Flugzeuges außerhalb der russischen Hoheitszone geschehen sind, sogar weit außerhalb der von den Russen selbst willkürlich festgesetzten Zwölfeilen-Grenze, nämlich dreißig Meilen nordwestlich von Dagö.

Die schwedische Regierung richtete einen scharfen Protest an die Sowjetunion, forderte von ihr die Bestrafung der Schuldigen und verlangte, daß man von russischer Seite die Rettungsarbeiten in

keiner Weise störe und den Protest möglichst umgehend beantworte. Schadenersatzansprüche werden angekündigt.

Die Reaktion in der schwedischen Presse ist ungemein heftig und eindeutig. Die Zeitungen ohne Unterschied der Parteirichtung weisen darauf hin, daß sich die Russen nicht auf schwedische Übergriffe ausreden können. Das Verbrechen sei über internationalem Wasser geschehen und zeige klar, daß die Russen, denen westeuropäische Rechtsbegriffe offenbar fremd sind, die ganze Ostsee als russisches Binnenmeer betrachten. Die Tat sei reinem Mordinstinkt entsprungen. Wenn die Russen, die seit Monaten gegen Schweden im Moskauer Rundfunk und in der Moskauer Presse hetzen, meinen sollten, die Tat sei als eine Intensivierung des Kalten Krieges zu betrachten, durch den das schwedische Volk eingeschüchtert werden könne, so habe man sich geirrt; das Volk werde sich einmütig hinter die Verteidigungsmacht des Landes stellen und hinter die Regierung, die versuchen müsse, den russischen Piraten klarzumachen, daß die Ostsee ein internationales Meer ist.

Eine der Zeitungen macht auf den vor zwei Jahren in der Ostsee erfolgten Abschuß eines amerikanischen Flugzeuges aufmerksam. Alle Blätter verweisen auf die Willkür, mit der schwedische und dänische Fischer mit ihren Booten nach Gutdünken von russischen Kriegsfahrzeugen nach russischen Häfen gebracht und gefangengehalten werden. Auf solche Verbrechen werde das schwedische Volk nicht in Demut reagieren, sondern in fester Entschlossenheit seine legitimen Rechte in der Ostsee mit allen zu Gebote stehenden Mitteln schützen.

Die zwei kommunistischen Nachmittagszeitungen in Schweden hatten bezeichnenderweise zur Piratentat der russischen Flieger keine Kommentare zu servieren. Sie hüllten sich in Schweigen. Soll, so fragt eine sozialdemokratische Zeitung, die neue Piratentat etwa die Begleitmusik zu dem Spionageprozeß sein, der soeben gegen die kommunistischen Judassen in Stockholm eröffnet wurde? Man hält es für gegeben, daß auch das erste Flugzeug abgeschossen worden ist. - Kein Wunder, daß eine einflußreiche Zeitung die Überprüfung der schwedischen Neutralitätspolitik fordert.

Theodor Blank erzählt

(sp) Der Sicherheitsbeauftragte des Herrn Bundeskanzlers hat plötzlich zu reden begonnen: Auf einem Lunch der Auslandspresse, gegenüber einer amerikanischen Agentur, in einem Rundfunkinterview und vor Bonner Studenten hat er sich von einer überraschenden Gesprächigkeit gezeigt. In Paris und London war man über seinen Elan und einige der von ihm genannten Zahlen chokiert. Er spricht von 60 statt bisher von zwölf Divisionen und von 40 Mrd die uns der Spaß kosten soll, im Gegensatz zu McCloy, der von 28 Mrd gesprochen hatte. Aber es ist nicht deutsches, sondern nur Rhöndorfer Porzellan was da zerbrechen wird. Wenn wir boshaft wären, würden wir den Rat geben, nur immer fortzufahren mit dieser Art Werbung für deutsche Kontingente in der sogenannten europäischen Armee. Es gibt keine wirksamere Methode, das deutsche Maschen im Ausland zu gefährden. Blanks attraktive Schilderung einer Wehrmacht ähnelt methodisch jener der Werber des Soldatenkönigs, bevor sie die "etwa Zwanzigjährigen" auf andere Weise für die letzten Kerls rekrutierten.

Es darf nicht übersehen werden, daß Blank als Beauftragter der Bundesregierung unter unmittelbarer Verantwortung des Bundeskanzlers spricht, dessen Verantwortung gegenüber dem Parlament zumindest klarer ist als die Blanks. Als der Sicherheitsbeauftragte im Vorjahre den erstaunten deutschen Hörern andeutete, was, wann und wie es ihnen bevorstehen soll, hatte Blank z.B. von sehr viel weniger als 500000 deutschen Soldaten gesprochen. Nun sind es also mehr geworden und aus der Ausdienstpflicht, die man damals so ankündigte, als gäbe es keine Entscheidungsmacht des Parlamentes, scheint eine reine Wehrpflicht geworden zu sein. Auch darüber spricht der Sicherheitsbeauftragte so, als habe es deswegen keine innerdeutsche Auseinandersetzung mehr zu geben. Es ist eine merkwürdige Linie der Großzügigkeit, die Blanks Erzählungen kennzeichnet.

Wenn die Verträge in Kraft treten und wann mit der Aufstellung deutscher Kontingente begonnen werden könnte, fragten ausländische Journalisten. Am 1.1.53 Anfang mit der Aufstellung und am 1.6.54 "gefechtsbereit", antwortete Blank, der immer noch aussichtsreichste Kandidat für das "Verteidigungsministerium". Für ihn existiert anscheinend kein Problem der Ratifizierung der Verträge in Bonn und in den anderen fünf Teilnehmerstaaten der europäischen Armee. Das alles ist eine beschlossene Tatsache, die in allen Parlamenten nur noch durch befehlsgemäße Erheben von den Sitzen, wie etwa bei den deutschen Koalitionsparteien, zur Kenntnis genommen werden muß.

Der ganze Redestrom Blanks enthält kein Körnchen der Probleme, die den künftigen Wehrpflichtigen die größten Sorgen bereiten. Wie steht es um die Chance dieser Armee und um die der deutschen Kontingente, das deutsche Gebiet verteidigen zu können? Und was bleibt angesichts der Unterstellung der ganzen Koalitionarmee unter den Atlantik-Pakt noch tatsächlich an deutschem Mitspracherecht? Aber das scheint den Sicherheitsbeauftragten so wenig zu kümmern, wie die Regierung. Dabei kann Blank sich freilich auf die Verantwortlichkeit der Regierung berufen, deren Aufträge er nur ausführt. Wichtig wäre es zu erfahren, wie weit die Äußerungen Blanks der Auffassung der Regierung entsprechen. Wie weit diese Auffassung mit der der Vertragspartner übereinstimmt, werden wir bald genug erfahren. Aber auch im Bundestag dürfte sich für diese Darstellung bald Gelegenheit bieten.

Fehlgelenkter Wohnungsbau

Die Bauweise in den kriegszerstörten Städten hat eine Form angenommen, die nicht länger verantwortet werden kann. Wohnhäuser, Siedlungen und Betriebe werden in bisher unbebauten Gebieten errichtet, während die zerstörten Grundstücke nach wie vor ein Bild des Grauens bieten und ihre unterirdischen Anlagen immer mehr zerfallen.

Die Bauernschaft empört sich deshalb nicht ganz zu unrecht, dass die landwirtschaftliche Nutzfläche sich zusehends verringert und die Arbeiterschaft muss mit ansehen, wie die besonders in den Städten des Industriegebietes zu ihrer Erholung wichtigen Grünflächen und Parkanlagen nach und nach dem Wohnungsbau weichen müssen. Während wertvolle, bereits erschlossene Siedlungsgebiete ungenutzt liegen bleiben, erfordern die bisher unbebauten Flächen erhebliche Kapitalinvestierungen zur Ersterschliessung: dem Strassenbau, der Kanalisierung und Wasser- und Stromzuführung von den Gemeinden, die aber auf Kosten des Wiederaufbaus städtischer Anlagen, wie Schulen und Krankenhäuser gehen.

Diese Entwicklung steht den Mässen der Vergangenheit, an denen die Verkehrsverhältnisse der Großstädte heute vielfach kranken, kaum nach. Ihr einziger Unterschied besteht nur darin, dass sie sich nicht mangels Weitblick, sondern gezwungenermassen vollziehen. Die Schuld trifft die Regierungsparteien des Bundes.

Als die Sozialdemokratische Partei dem Bundestag einen Gesetzentwurf für das Wohnungsbauprogramm vorlegte, enthielt dieser u.a. auch Bestimmungen über die Beschaffung von Bauland, wonach ein Wiederaufbau der zerstörten Städte unter gerechter Berücksichtigung der Ansprüche der Eigentümer sichergestellt worden wäre. Nach dem Willen der Regierungsparteien wurden diese Vorschläge nicht Gesetz; doch beauftragte der Bundestag die Bundesregierung, bis September 1950 einen Gesetzentwurf über die Beschaffung von Bauland vorzulegen. Nachdem das mit erheblicher Verzögerung geschehen ist, sind erneut 1 1/2 Jahre vergangen, ohne dass dieser Entwurf im Bundestag zur Verabschiedung gelangt wäre. Die Uneinigkeit der Regierungsparteien untereinander hat das bisher verhindert.

Es ist zu befürchten, dass entgegen den Warnungen der kommunalen Spitzenorganisationen auch das 4. Bauplan im Wohnungsbauprogramm mit den gänzlich unzulänglichen Möglichkeiten landesgesetzlicher Bestimmungen vorbereitet werden muss. Das würde aber nicht nur bedeuten, dass weiterhin Millionenwerte dem Verfall preisgegeben würden, sondern dass die Regierungsparteien erneut ihre sozialen und parlamentarischen Verpflichtungen, zu denen sie sich in der Regierungserklärung bekannten, nicht erfüllt hätten.

gnr